Landrat sagt lustlos Ja

31 Landräte enthalten sich bei Gysins Initiative der Stimme

Von Thomas Gubler

Liestal. Mit der Ablehnung der Fusions-Initiative am 28. September letzten Jahres scheint auch das Thema Zusammenarbeit in der Baselbieter Politik nicht mehr allererste Priorität zu geniessen. Diesen Eindruck vermittelte jedenfalls gestern der Landrat bei der Behandlung der sogenannten Regio-Kooperations-Initiative von alt FDP-Nationalrat Hans Rudolf Gysin. Das im Dezember 2013 mit 1750 gültigen Unterschriften eingereichte Volksbegehren, das vom früheren Direktor der Wirtschaftskammer Baselland als Alternativprogramm zur Fusions-Initiative

Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

lanciert worden war, wurde gestern dem Stimmvolk nur halbherzig zur Annahme empfohlen. 47 Landrätinnen und Landräte stimmten dafür, vier dagegen, aber nicht weniger als 31 enthielten sich der Stimme. Selbst in Gysins FDP waren Enthaltungen zu verzeichnen.

Ohne Wenn und Aber für die Regio-Kooperations-Initiative, welche die Zusammenarbeit auf die Kantone Aargau, Solothurn und Jura, auf die Gemeinden und auf das nahe Ausland ausdehnen will, sprach sich nur die SVP aus. Diese sah darin eine Grundlage für die Weiterentwicklung des Baselbiets zum Vollkanton, beziehungsweise zur Erlangung eines zweiten Sitzes im Ständerat.

Anders die SP. «Was wir da diskutieren, ist eine absolute Selbstverständ-

lichkeit», sagte Regula Meschberger namens der SP-Fraktion. SP, Grüne, aber auch die CVP waren zwar nicht gegen Gysins Initiative, verhielten sich ihr gegenüber aber insofern reserviert, als sie sich mehrheitlich der Stimme enthielten.

Nein zu Selbstverständlichkeiten

Klar dagegen war hingegen die BDP/GLP-Fraktion. Felix Weber (BDP) sprach von einer «völlig überflüssigen Initiative». Und der Grünliberale Hans Furer meinte: «Selbstverständlichkeiten gehören nicht in eine Verfassung.» Wenn man etwas ins Grundgesetz schreibe, dann sollte dies den Kanton auch weiterbringen. Das sei hier aber eindeutig nicht der Fall, sagte der Bottminger Jurist.

Hanspeter Weibel (SVP) hatte kein Verständnis für die Argumente der ehemaligen Fusionsbefürworter. «Von der Braut, um die man vor Kurzem noch derart geworben hat, will man nun plötzlich nichts mehr wissen», mokierte sich Weibel.

Basel-Stadt genießt Priorität

Sicherheitsdirektor Isaac Reber (Grüne) und mit ihm der Regierungsrat stimmten der Initiative zu. Das Begehren müsse aber pragmatisch umgesetzt werden und sich auf realistische Ziele beziehen, sagte Reber. So könne nicht gemeint sein, dass man jeweils die Gesetze mit den Partnerschafterkantonen abgleiche. «Und sie darf das bisherige Verhältnis zwischen Basel-Stadt und Baselland nicht infrage stellen.» Womit der amtierende Regierungspräsident auch unmissverständlich klarmachte, dass der Kanton Basel-Stadt in der Zusammenarbeit weiterhin Priorität genießt.

Kommentar

Ein Nein wäre katastrophal

Von Thomas Gubler

Kein Zweifel, nach der Fusionsabstimmung ist beim Thema Zusammenarbeit etwas die Luft draussen. Das heisst nicht, dass man gegen eine solche wäre. Aber für eine spezielle Kooperations-Initiative zerreisst sich von der Mitte bis links niemand mehr. Man hält sie schlicht für eine Selbstverständlichkeit und behandelt sie entsprechend.

Diese Haltung ist gefährlich. Gleichgültigkeit könnte im Volk als Geringschätzung empfunden werden. Ein Nein zur Initiative an der Urne aber wäre eine Katastrophe. Allein schon ein hoher Nein-Stimmen-Anteil käme einer Brückierung der Nachbarn gleich. Abgesehen davon ist Gysins Initiative auch gar nicht so überflüssig, wie sie gestern teilweise dargestellt wurde. Sie könnte nicht nur zu einer Verbreiterung, sondern auch zu einer Vertiefung der bestehenden Partnerschaft führen. Und sie bindet jene politischen Kreise ein, die nach dem Nein zur Fusion am liebsten die Zusammenarbeit auch gleich infrage gestellt hätten.

thomas.gubler@baz.ch